

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Uhlmann, Riesa.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestellbar bestimmte Blatt.

Postfachkonto Dresden 1534. Druckerei: Riesa Nr. 53.

Nr. 48.

Mittwoch, 26. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Melamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife für Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Aufbau oder Abbau.

Immerhin verbleibt auch die letzte Hoffnung, eine gründliche Sanierung der Reichsfinanzen, die Schaffung klarer Verhältnisse und vielleicht gar ein Steuerabbau könne den Antriebspunkt Wiederaufstiegs ergeben. Die langen Verhandlungen um Etat und Deutung, die Erkenntnis, daß an einen Steuerabbau nicht gedacht werden kann, schenken die Zukunft nicht gerade rosig. Der gewagte oder gewollte Optimismus wird eingeschränkt. Die Aussichten für die Zukunft werden wieder sehr trübe angesehen. Dabei braucht man sich nur auf die wirklichen Kenner der Konjunkturbewegung zu stützen. Sollte man weitere Kreise über ihre Ansichten befragen, so würde das Zukunftsbild noch düsterer gemalt werden müssen.

Nun gibt es zwei Erscheinungen. Es gibt bei uns noch Großverdiener in kleiner Zahl, auf der anderen Seite aber eine Masse, die gewissermaßen von der Hand in den Mund lebt. Schauen wir in den Handelsteil der Leistungen, dann lesen wir, daß Krupp seine Gewinne verschleiern muß, um nur eine Dividende von sechs Prozent ausstellen zu können, daß in diesem und jenem Unternehmen Verluste werden muß, die Gewinne abzubauen, um die Dividende nicht zu hoch erscheinen zu lassen. Daß man neue Aktien ausgibt, die den Inhabern gewissermaßen geschenkt werden und diese Aktien bereits mit Gewinnen segnet, daß man Reservefonds schafft, die nicht notwendig sind. Besonders die Brauereien, die sich gegen die neue Biersteuer wenden, hatten alle Ursache, die Bilanz zu retuschieren, um die Gewinne nicht zu auffällig werden zu lassen. Die Breslauer Kipke-Brauerei, die doch nicht einmal eine große Rolle spielt, hätte, wenn sie es wollte, 100 Prozent Dividende zahlen können, denn sie hat ein Kapital von 1,32 Millionen Mark und Abschreibungen in Höhe von 713 000 Mark und einen Reingewinn darüber von 690 000 Mark erzielt. Sie wußte sich schon zu helfen und hat auf Umwegen den Aktionären immer noch reiche Gewinne zusteuern lassen. Lesen wir den Handelsteil, so sehen wir neben dieser Seite die Zahl der Konkurse und Verfallsverfahren in dauernder Steigerung und fragen uns, wie es möglich ist, daß hier übermäßiger Gewinn, dort tiefe Depression vorliegen kann.

Aber diese rein private Sache ist es nicht allein, die uns zu ernstlichen Betrachtungen veranlaßt. Wir hören, daß die Reichseinnahmen im Januar wieder eine stark sinkende Tendenz zeigen, weil die beantragten Steuern wesentlich hinter dem Anlaß zurückbleiben. Und besonders sind es jene Steuern, die Wiedereinnahme ergeben, die von der besten Waffe des Handels, des Verkehrs, der Wirtschaft überhaupt getragen werden. Nicht einige wenige Betriebe mit glänzenden Abschüssen machen also den guten Stamm der Steuerzahler aus, sondern es ist die breite Waffe des Wirtschaft- und Erwerbslebens, die dem Staate die Mittel zuführt. Wenn wir aus diesem Steuermessergang den berechtigten Schluß ziehen, daß die Wirtschaft weiter im Niedergang begriffen ist, so sehen wir auf der anderen Seite den glänzenden Ausweis unserer Außenhandelsbilanz. Im Laufe des letzten Jahres ist sie mit 50 Millionen aktiv gewesen, das heißt, sie hat 50 Millionen Gewinn gebracht. Und im letzten halben Jahre hat sie besonders gut ausgesehen, da sie mit einem Ueberschuß von 350 Millionen abschloß. Schließlich zeigen die Vergleichszahlen, daß das Verkehrsbilanz der Ausfuhr bereits erreicht ist. In dieser Handelsbilanz ist zumerst die Großindustrie und der Großhandel beteiligt, sie wirt demnach der großen Wirtschaft keine Gewinne in den Schoß. Und diese trägt ihrerseits an der Gesundung dieser Bilanz auch nur in der Weise bei, daß sie ihre Einfuhransprüche wesentlich herabgesetzt hat.

Diese Außenhandelsbilanz mit dem Steuerertrag verglichen ergibt die Tatsache, daß die innere Kaufkraft weiter im Schwanden ist, während die Großindustrie auf dem Weltmarkt ihre Gewinne zu steigern vermag und die Verluste im Inlande auszugleichen in der Lage ist. Wenn auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus jeder Solvenz nach innen sich schließlich im allgemeinen günstig auswirken muß, so hat die neue Einstellung des deutschen Großkapitals doch wesentlich andere Voraussetzungen geschaffen. Es ist ja bekannt, daß das deutsche Kapital immer mehr nach dem Auslande strebt und während deutsche Unternehmungen im Inlande vergeblich nach Krediten suchen, das deutsche Kapital Expansionen im Auslande vorzieht, Beteiligungen eingeht und Anlage sucht, die überer ist. Dittmals gedrungen durch die Konzernbildungen und Verkrüftungen, die keine Landesgrenze kennen und die Großunternehmungen bereits ganz international werden lassen. Logischerweise kann sich deshalb ein Gewinn aus einem günstigen Außenhandel nicht im Inlande so auswirken, wie es eigentlich sein müßte und kann sich durch den Gewinn auf dem Weltmarkt keine Steuerentlastung im Inlande ergeben.

Wir leben in veränderten Verhältnissen, die eine deutliche Scheidung zwischen Großkapital und Großindustrie auf der einen Seite und der Gesamtwirtschaft auf der anderen erkennen lassen. Wir haben Ursache, der Zukunft mit größter Sorge entgegen zu sehen, während wenige Großunternehmungen im Ueberfluß leben und diesen Ueberfluß nicht der Allgemeinheit zugute kommen lassen. Das ist die Folge der Verkrüftung und der internationalen Tätigkeit des Großkapitals, die in neuerer Zeit tatsächlich bereits die Grenzen verläßt und eine Macht

Die neue französische Regierung gestürzt.

Paris. Die Kammer stimmte Dienstag abend zuerst über die Priorität der drei zur Tagesordnung eingebrachten Anträge, davon zwei Mißtrauens- und ein Vertrauensantrag, ab. Die Regierung mußte hieran die Vertrauensfrage. Die namentliche Abstimmung, die sich über 1/2 Stunden unter ungeheurer Spannung hingog, ergab die Niederlage der Regierung. Die Stimmen sind folgende: 271 für die Regierung, 283 gegen die Regierung.

Paris. Das endgültige Abstimmungsergebnis in der franz. Kammer zeigt 277 Stimmen für und 282 Stimmen gegen die Regierung bei 21 Stimmenthaltungen der Kommunisten. Die Regierung begab sich kurz nach 22 Uhr zum Palais, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu überreichen. Vor der Kammer hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die in aufgeregtester Stimmung die Ereignisse in der Kammer verfolgte.

Die Kommunisten gegen Chaumemps. — Reibt Lardieu zurück?

Paris. Ministerpräsident Chaumemps erklärte der Presse, das Parlamentssekretariat habe eine falsche Mitteilung ausgedreht, als es behauptet habe, die Kommunisten hätten sich der Stimme enthalten. Die hätten vielmehr geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Chaumemps fuhr dann fort: er habe sich bemüht, sein Kabinett im Geiste

der Verständigung mit den anderen Parteien zusammenzusetzen. Seine guten Absichten seien aber von seinen Gegnern mißdeutet worden.

Ueber die Haltung des Präsidenten der Republik ist noch nichts bekannt. Doch dürfte heute Mittwoch mit der Vertagung der maharubenden Verlonen beinahe. Wieder taucht der Name Lardieu als des mutmaßlichen neuen Ministerpräsidenten auf. Doch macht man dasagen geltend, daß er, nachdem er in der Kammer seinen eine Niederlage erlitten hat, kaum die geeignete Persönlichkeit sein dürfte, wenn es ihm nicht gelingen sollte, die Radikalsocialisten zu gewinnen.

Ablehnung der Kabinettsbildung durch Lardieu.

Paris. (Funkpruch.) Lardieu hat die Kabinettsbildung abgelehnt und Doumergue auf Poincaré verwiesen, dem er, Lardieu, seinen Beistand leisten würde.

Wieder ein Kabinett Brand?

Paris. (Funkpruch.) "Leit Journal" will erfahren haben, daß der Präsident der Republik beabsichtigt, diesmal über die Kabinettsbildung keine laanen Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten aus Kammer und Senat abzuhalten. Er werde vielmehr nach einer Unterredung mit den Präsidenten von Kammer und Senat sofort die Persönlichkeiten berufen, der er die Bildung des Kabinetts zu übertragen gedenke. In diesem Zusammenhang sei besonders der Name Briand genannt worden.

Die Deutsche Volkspartei für die Kandidatur Gmieds.

Dresden. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der politischen Lage und nahm Stellung zu dem bekannt gewordenen Vorschlag der Wirtschaftspartei. Es wurde beschlossen, der Wirtschaftspartei folgendes mitzuteilen: „Auf Ihre gest. Zuschrift vom 21. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir den von Ihnen zum Ministerpräsidenten vorgeschlagenen Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Herrn Schick, als eine geeignete Persönlichkeit ansehen und bereit sind, über Ihren Vorschlag mit den übrigen beteiligten Fraktionen in Verhandlung zu treten“.

Auch die Deutschnationalen für Gmied.

Dresden. Wie wir erfahren, hat sich gestern auch die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Vorschlag der Wirtschaftspartei zur Regierungsbildung beschäftigt. Dabei wurde beschlossen, der Wirtschaftspartei mitzuteilen, daß man mit der Kandidatur des bisherigen Präsidenten des sächsischen Staatsrechnungshofes, Schick, für den Posten des Ministerpräsidenten einverstanden sei und daß man bereit sei, auf dieser Grundlage zu verhandeln. — Eine gleiche Erklärung hat auch die Landtagsfraktion des Sächsischen Landvolks abgegeben.

Die Stellung der Nationalsozialisten.

Dresden. Wie wir erfahren, hat sich die Landtagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bisher mit dem wirtschaftsparteilichen Vorschlag offiziell noch nicht beschäftigt. Die Fraktion wird vielmehr am Mittwoch vormittag zur Beschlußfassung hierüber zusammenzutreten. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen auf Seiten der Nationalsozialisten ebenfalls keinerlei erhebliche Bedenken gegen die Verion des Präsidenten Schick, jedoch schon jetzt damit gerechnet werden kann, daß die Kandidatur Gmieds für den Posten des sächsischen Ministerpräsidenten die Zustimmung der Nationalsozialisten finden wird.

Sowjetrußland will das größte Stahlwerk der Welt bauen.

Moskau. Amtliche Meldungen aus Moskau haben hervor, daß die Industrialisierung des Landes neue erhebliche Fortschritte gemacht habe. In Mariupol in der Ukraine wird am 1. April mit dem Bau eines riesigen Stahlwerks begonnen werden, das den Namen „Kosowstahl“ tragen und mit 17 riesigen Hochöfen versehen werden soll. Das Werk soll in der Lage sein, im Jahre 4 Millionen Tonnen Stahl zu liefern. Die Meldungen haben hervor, daß das Werk, das 35 000 Arbeiter beschäftigen soll, das größte Stahlwerk der Welt sein werde. — In Tscheljabinsk ist außerdem mit dem Bau einer neuen Maschinenfabrik begonnen worden, die 40 000 Kräfte im Jahre liefern soll.

Moldenhauers neuer Defensionsplan.

Kein Rotopfer, keine Auslandsanleihe.

Berlin. (Telunion.) Die Einzelheiten der neuen Defensionsvorlage des Reichsfinanzministers werden vorläufig noch streng vertraulich behandelt. Seit jetzt jedoch, daß die Vorschläge Dr. Moldenhauers im Gegensatz zu anderen Gerüchten den Gedanken eines Rotopfers aus dem Einkommen aller Volkseinkommen zur Sanierung der Finanzlage nicht enthalten. Allerdings erwartet man, daß von sozialdemokratischer Seite im Kabinett am Donnerstag ein neuer Vorschlag in dieser Sitzung unterbreitet werden wird. Von volksparteilicher Seite erdrbt die Telegraphen-Union hierzu, daß die Reichstagsfraktion der Partei eine beratende Sonderkommission entsenden ablehnen würde. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß sich Dr. Moldenhauer einem etwaigen Mehrheitsbeschluss des Kabinetts fügen würde. Mitteilungen, die davon wissen wollen, daß neuerdings beabsichtigt sei, die Arbeitslosenversicherung mit Hilfe einer Auslandsanleihe gegen Verständigung von Reichsbahnvorzugsaktien zu sanieren, werden von unterrichteter Seite nachdrücklich in Abrede gestellt.